Begründung:

Aufgrund der ab 1. November 2004 eingetretenen Eingleisigkeit ist die Vertretung des Bürgermeisters neu zu regeln. Nach der Hauptsatzung wird der Bürgermeister bei der Leitung der Verwaltungsausschusssitzung und der repräsentativen Vertretung der Gemeinde durch eine/n stellv. BürgermeisterIn vertreten. Diese/r soll künftig eine monatliche Aufwandsentschädigung von 265 Euro (bisher: 200 Euro) erhalten. Eine Fahrkostenpauschale wird künftig nicht gewährt. Die Abrechnung erfolgt – wie bei den Ratsfrauen und –herren – nach den Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes.

Die geringe Anhebung der monatlichen Entschädigung findet ihre Begründung in dem steigenden Aufwand. Künftig nimmt der hauptamtliche Bürgermeister in erster Linie die repräsentative Vertretung der Gemeinde, neben seinen Aufgaben als Leiter der Verwaltung, wahr. Dennoch ist für die/den stellv. BürgermeisterIn künftig ein vermehrter Aufwand vorhanden. Dafür entfällt die bislang für den ehrenamtlichen Bürgermeister gezahlte Aufwandsentschädigung in Höhe von 614 Euro zzgl. 175 Euro als Fahrkostenpauschale. Die Fahrkosten der/des stellv. BürgermeisterIn sollen künftig wieder spitz abgerechnet werden.